

Die „Freiheit“ erscheint täglich einmal als Morgenausgabe und...

Die stilleschaltene Nonpareil-Steile ober deren Raum kostet 25.— Mk. ...

Berlag und Exped. Berlin NW 40, Kronprinzenufer 27, I.

Freiheit Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Um den Getreidepreis

Von Paul Herz

Die Teuerung lastet ungeheuer schwer auf all den Kreisen der Bevölkerung, die ihr Einkommen nicht dem Steigen der Preise entsprechend erhöhen können.

Genährt wurde diese Erbitterung aber vor allem durch die Tatsache, daß der mangelnden Fürsorge für die Interessen der Verbraucher eine um so größere Fürsorge für die Ansprüche der Erzeuger gegenübersteht.

Gewiß fehlt es dem Ernährungsministerium dafür nicht an Gründen, ob sie aber berechtigt sind, ist eine andere Frage. Das Gesetz über die Getreidemenge beruht auf zwei Grundgedanken: erstens soll ein Teil der Getreidemenge, die zur Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung mit Brot erforderlich ist, unter allen Umständen aus der inländischen Ernte sichergestellt werden.

Gegenüber dem vorjährigen Umlagegesetz sind in diesem Jahr zwei Änderungen getroffen worden. Im vorigen Jahr galt der zu Beginn der Ernte festgesetzte Preis für das Umlagegetreide für das ganze Jahr, in diesem Jahr soll der Preis für die drei Ablieferungsraten verschiednen festgesetzt werden, und zwar stets entsprechend den Produktionskosten.

Wegen die Preisfestsetzung, die der Reichstag vorgenommen hat, laufen nun die landwirtschaftlichen Organisationen heftig Sturm und fordern ihre nachträgliche Erhöhung. Daß diese Erhöhung nur vom Reichstag durch Gesetz vorgenommen werden kann, steht ganz außer Zweifel.

Der Preis für das erste Drittel ist vom Reichstag in der Höhe der damaligen Herstellungskosten festgesetzt worden. Der Reichsernährungsminister Dr. Feiler hat bei den letzten Verhandlungen des Volkswirtschaftlichen Ausschusses des Reichstages ausdrücklich bestätigt, daß die im Juli festgesetzten Preise den damaligen Produktionskosten entsprachen.

Andererseits ist es unbestreitbar, daß gewisse Teile der Produktionskosten der Landwirte dem ungeheuren Preisaufschlag genau so ausgesetzt sind wie die Produktionskosten anderer Erzeugnisse.

Frankreich und das Stinnes-Abkommen

Lubersac und Raibel über das Stinnes-Abkommen

(CC.) Paris, 7. September. Der „Comme Libre“ befragte den Senator Lubersac und den Minister für die befreiten Gebiete, Raibel, über die Abmachungen mit Stinnes.

Lubersac erklärte, daß die Aufnahme des Abkommens in dem beratenden Komitee für die Naturalieferungen ausgezeichnet gewesen sei. Einstimmig erkannte man an, welchen Wert das Abkommen habe. Was die Anschauungen der Regierung anlangt, so zitierte Lubersac einen Brief des Ministers Raibel, worin es heißt: Die Regierung gibt dem Grundgesetz dieser Abmachungen ihre Zustimmung.

lieferungen drei Millionen nicht übersteigen. Es müßten erst in größerer Anzahl Mandatare ernannt werden, die die Aufträge zu übermitteln und die Waren in Empfang zu nehmen hätten.

Französisch-deutsche Verständigungen

(CC.) Paris, den 7. September 1922. Der „Welt Parisien“ bestätigt heute früh in seinem offensichtlich offiziellen Leitartikel, daß das Abkommen Lubersac-Stinnes in hiesigen maßgebenden Kreisen einen ausgezeichneten Eindruck gemacht habe und daß weitere Abkommen zwischen deutschen und französischen Industriellen bevorstehen.

entschädigte die Landwirte überaus reichlich für die Spannung, die zwischen dem Umlagepreis und den Produktionskosten für die künftige Produktion entstanden ist.

Es ist aber auch nicht berechtigt, den Umlagepreis allein zu berechnen nach den künftigen entstehenden Produktionskosten. Die jetzige Ernte ist im wesentlichen entstanden unter weit niedrigeren Produktionskosten als sie künftig entstehen werden.

In den Kreisen der Verbraucher wird man die Tatsache sorgsam beachten müssen, daß sich außer der sozialistischen Presse bisher alle bürgerlichen Zeitungen für die Erfüllung der agrarischen Wünsche eingesetzt haben.

Eine eigenartige Erscheinung ist es, daß die Getreidepreise jetzt der Devisenbewertung auf dem Fuß folgen, wenn nicht gar vorauslaufen, obwohl die Produktionskosten

der Landwirtschaft (Grund und Boden, Maschinen, Düngemittel und Löhne) weniger als die anderen Wirtschaftszweige unmittelbar von dem ändernden Marktwert beeinflusst werden.

Sieht man davon ab, daß die Schlussfolgerung zugunsten einer nachträglichen Revision der Umlagepreise für das erste Drittel nur die Wiedergabe der Anschauung des Handels ist und im Widerspruch steht zu den zuerst angeführten Begegnungen, so darf man in diesem Zitat eine glänzende Rechtfertigung

ber von den beiden sozialdemokratischen Parteien im Volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstages eingenommen ablehnende Stellung zur nachträglichen Erhöhung der Umlagepreise erblicken. Das Umlagegesetz würde in dem Augenblick sehr viel von seinem Wert einbüßen, in dem die Abänderung der Preise erfolgte. Sie würde die ohnedies am 15. Oktober eintretende starke Brotpreiserhöhung nur zum Vorläufer einer noch gewaltigeren Steigerung machen und der Glendswelle einen Antrieb geben, von dem sich die Verfechter dieser Forderung kaum eine richtige Vorstellung machen dürften.

Sicherung der Brotversorgung zu erschwinglichen Preisen ist die oberste Forderung einer Ernährungs- und Wirtschaftspolitik, die die großen Gefahren des Winters mit Erfolg vermeiden will. Ein Brotpreis von 120 Mark oder darüber macht gewaltige Rohrerhöhungen unvermeidbar. Ihnen würden Preissteigerungen höchsten Ausmaßes, Steigerung der Ausgaben des Reichs für Röhre und Gehälter und Soziallasten folgen. Es wäre deshalb an der Zeit, daß das Ernährungsministerium, anstatt die Forderungen der Agrarier zu unterstützen, endlich etwas tut, um die Ablieferung von Brotgetreide auf die Umlage, zu der die Landwirte verpflichtet sind, zu erzwingen. Die Ernte auch an Brotgetreide ist viel besser, als die Agrarier behaupten. Die Ernte an Kartoffeln und Rüben ist gut, wenn nicht sogar sehr gut. Die Landwirte können deshalb abliefern, aber viele von ihnen wollen nicht. Und es wollen vor allen Dingen nicht die Organisationen der Landwirtschaft, die wie früher schon, so auch jetzt ihren verderblichen Einfluß gebrauchen, um die Landwirte zum Widerstand gegen die Gesetze aufzufordern und die den Staat zum Heloten der Kapitalmächte machen wollen. Hat der Widerstand einzelner gegen die Ablieferung Erfolg, so ist die ganze Umlage gefährdet. Dann tritt zu den ungeheuren sonstigen Schwierigkeiten des Winters auch noch der Zusammenbruch der Brotversorgung. Dieser Zusammenbruch aber bringt uns das Chaos.

Antrag gegen die Teuerung

Die Arbeitsgemeinschaft der beiden sozialdemokratischen Reichstagsfraktionen hat im volkswirtschaftlichen Ausschuss folgenden Antrag eingebracht:

Der Ausschuss wolle beschließen: die Reichsregierung zu beantragen, dem 5. Ausschuss in kürzester Frist Bericht zu erstatten darüber, welche Maßnahmen sie angeht der wirtschaftlichen Notlage auf folgenden Gebieten ergreifen wird oder als Vorschläge in Aussicht genommen hat:

1. Unterbindung der Benutzung ausländischer Zahlungsmittel beim inländischen Warenverkehr.
2. Währungsreform (Goldanleihe, Schatzungsaktion für die Mark, Devisenbewirtschaftung).
3. Beschränkung der Einfuhr von Waren, die wirtschaftlich nicht notwendig sind.
4. Unterbindung einer Verwendung notwendiger Lebensmittel (Getreide, Kartoffeln, Zucker usw.) zur Herstellung von Spirituosen und Süßigkeiten.
5. Sicherstellung der Bevölkerung mit Kartoffeln, Zucker, Milch, Butter und anderer notwendiger Lebensmittel.
6. Beseitigung der Schlemmerlei.
7. Bekämpfung des Wuchers und der Preistreibererei durch die Kartelle.
8. Intensive Agrarwirtschaft (Bewässerung, Düngung, Kreditfrage, Erfassung der Ernte).
9. Förderung des Wohnungsbau und der Baustoffversorgung.
10. Schnellste und laufende Einziehung der Besteuerungen entsprechend der Marktwertung, Anpassung der Höhe der Zwangsanleihe an die Geldentwertung.

Thüringen gegen Wucher und Preistreibererei

Das thüringische Ministerium des Innern hat im Einvernehmen mit dem Wirtschafts- und dem Justizministerium eine scharfe Verordnung gegen Wucher und Preistreibererei erlassen. Die Verordnung stellt zunächst fest, daß die sprunghafte Preissteigerung auf allen Gebieten der Volkswirtschaft eine drohende Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit bildet, und daß Verbrechen der Erzeuger und Händler, die Preise willkürlich nach dem höchsten Dollarkurs zu bestimmen, keinerlei Berechtigung besitzen. Die Verordnung bestimmt sodann: gegen jede unangemessene Preissteigerung ist nachdrücklich einzuschreiten. Bei Erzeugern und Händlern sind die Preise der täglichen Bedarfsgegenstände zu überwachen, insbesondere ist festzustellen, ob solche Gegenstände in der Absicht zurückgehalten werden, durch ihre spätere Veräußerung einen übermäßigen Gewinn zu erzielen. Von dem Recht, Verordnungen über Preisverhältnisse und Preisänderungen zu erlassen, ist Gebrauch zu machen. Wegen Zuwiderhandlungen gegen eine solche Verordnung ist nach vorheriger Warnung der Ausschluß vom Handel zu verfügen. Der Zwischenhandel auf Märkten ist einzuschränken. Wilde Händler, sowie sonstige unauferlässliche, preistreibende Erzeuger und Händler sind sofort zur Anzeige zu bringen, gegebenenfalls festzunehmen. Jeder Wucherer und Schleichhändler wird sofort nach beantragter und entdeckter Tat abgeurteilt werden. Zu diesem Zweck wird durch das thüringische Justizministerium ein summarisches Verfahren eingeführt werden.

Reichseinkommensteuer und Gemeindeanteil

Der preussische Minister des Innern und der Finanzminister haben, wie den V. B. N. von ausländischer Stelle mitgeteilt wird, in einer gemeinsamen Verlautbarung folgendes bestimmt:

Nur Verringerung der derzeitigen Notlage der Gemeinden und Gemeindeverbände hat das Reich einen Vorstoß auf den Beitrag der gemeindlichen Anteile an der Reichseinkommensteuer für die Zeit vom 1. April 1920 bis 31. Dezember 1922 zur Verlautbarung gestellt. Wir sind daher in der Lage, größere Beiträge von den Gemeinden und Gemeindeverbänden zugänglich zu machen, die nach Maßgabe folgender Vorschriften umgehend bei dem Minister des Innern anzufordern sind.

Für 1920/21 sind — nach den Nachrägen getrennt — diejenige Summe anzufordern, die zur reibenden Auszahlung der Anteile in Höhe der Garantiesumme für 1920 einfließt, der von uns ausdrücklich anerkannter Nachtragsumme befreit werden. Auch für das Jahr 1922 erklären wir uns damit einverstanden, daß vorbehaltlich der endgültigen Regelung der Verteilung der Anteile an der Reichseinkommen-

und Abverpflichtungen bei der Unterbrechung der Auszahlungen die für 1920 bereits ermittelte Höhe der gewährleisteten Beträge einschließlich der ausdrücklich von uns anerkannten Nachtragsummen als Verteilungsmaßstab anzuwenden gelangt werden. Um den Gemeinden und Gemeindeverbänden die Summen, die auf Grund dieses Erlasses zur Verlautbarung gestellt werden, zur Enderführung der finanziellen Notlage tatsächlich auszuführen, soll eine Abrechnung dieser Beträge auf widerrechtlich zurückbehaltene Einkommen- und Abverpflichtungsteile aus den Rechnungsjahren 1920/21/22 ausnahmsweise nicht erfolgen.

Wenn Stinnes es tut

Die Erfüllungspolitik ist der Deutschen Volkspartei ein Grauel. Ihre Angriffe gegen das Kabinett Birck gerade dieser Erfüllungspolitik wegen sind bekannt, und namentlich die Organe des Herrn Stinnes konnten sich in dieser Hinsicht nicht genug tun. Ein wertwürdiger Bann aber ist eingetreten mit dem Bekanntwerden des Stinnes-Abkommens. Auf einmal ist die Erfüllungspolitik gut, d. h. nur die Erfüllungspolitik, weil sie Herrn Stinnes Milliarden einbringt. Die „Zeit“, das Berliner Organ der Deutschen Volkspartei, begründet dies also:

„Es muß aber schon heute festgestellt werden, daß Stinnes und die Deutsche Volkspartei nicht, wie es in der radikalen Presse dargestellt wird, jede Erfüllungspolitik, das heißt jede Anerkennung der Verpflichtungen, die uns aus dem Verfallenen Verträge erwachsen, von vornherein abgelehnt und bekämpft haben. Das entspricht nicht den Tatsachen. Die Deutsche Volkspartei und mit ihr Hugo Stinnes traten stets für eine Erfüllungspolitik im Rahmen des Möglichen und Ausführbaren ein und lehnten nur ab, Verpflichtungen einzugehen, deren Unerfüllbarkeit von vornherein feststand, und Kosten auf sich zu nehmen, unter denen unsere Wirtschaft zusammenbrechen mußte und das deutsche Volk in ein Elend geführt wurde, das seinen Widerstand lähmt und seinen Wiederaufbau gefährdet.“

Das sind faule Ausreden, die durch das Verhalten Stinnes' und der Deutschen Volkspartei wegen gestrichelt werden. Es ist schon so, wie wir vor einigen Tagen bereits konstatierten: sind Milliarden zu verdienen, so geht bei den Kapitalisten jede Auffassung siden.

Ufa-Bund und Stinnesabkommen

Vom Ufa-Bund wird uns geschrieben: Der Ufa-Vorstand stellt gegenüber den Anwürfen von kommunistischer Seite, daß er an Besprechungen oder Verhandlungen über das Abkommen zwischen Herrn Stinnes und den Vertretern der französischen Wiederaufbaugesellschaften beteiligt gewesen sei, fest, daß er weder selbst noch durch Vertreter oder Beauftragte bei irgend welchen Besprechungen oder Verhandlungen weder mit Herrn Stinnes noch mit anderen industriellen Vertretern über dieses Abkommen teilgenommen hat.

Bayerisch-preussischer Briefwechsel

Die bayerische Regierung hatte bekanntlich, wie feinerzeit von den VPPN gemeldet, die preussische Regierung auf den Vorwurf des „Landesverrats“ in der „Roten Fahne“ aufmerksam gemacht. Die preussische Regierung hatte daraufhin die „Rote Fahne“ verboten, aber zugleich in einem Schreiben die bayerische Regierung auf wichte Bestimmungen der Reichsregierung und der preussischen Regierung in der bayerischen Presse hingewiesen. Darauf ist, wie die VPPN hören, vor einigen Tagen eine nicht eben freundliche Antwort der bayerischen Regierung eingetroffen.

Teuerungsverhandlungen für Reichs- und Staatsangestellte

In Auswirkung der Teuerungsverhandlungen wurde von den Organisationen der Angestellten am 8. d. M. mit der Reichs- und der preussischen Regierung das 17. Ergänzungsabkommen zum Teiltarif vereinbart, welches den Teuerungszuschlag zur Grundvergütung zum Ortszuschlag und zu den Rinderzuschlägen mit Wirkung vom 1. September 1922 ab auf 48% festsetzt. Die übrigen Sätze bleiben wie bisher bestehen. Gleichzeitig wurde mit den Regierungen vereinbart, das künftig folgende Abschlagszahlungen auf die monatlich nachträglich zahlbaren Gehälter gewährt werden: An jugendliche Angestellte vom vollendeten 17. Lebensjahre 1000 Mark am 10. und 20. jeden Monats und an volljährige Angestellte je 2000 Mark am 10. und 20. jeden Monats.

Ein letzter Appell

Der zum Tode verurteilte Revolutionär Timosejew hat sich erhängt

Genosse Timosejew, einer der von den Bolschewiki zum Tode verurteilten Sozialrevolutionäre, hat sich im Gefängnis erhängt. Diese Nachricht wurde durch die bürgerliche Presse bereits vor einigen Tagen verbreitet. Wir haben sie nicht eher gebracht, als bis eine für uns glaubwürdige Bestätigung dieser Nachricht vorlag.

Das Ableben Timosejews, eines der bedeutendsten und anerkanntesten Führer der sozialrevolutionären Partei, dessen Verdienste im Kampf gegen den Zarismus in der ganzen Welt bekannt sind, wirkt ein großes Schlaglicht auf das furchtbare Drama, das sich in Sowjetrußland abspielt. Während Millionen einem qualvollen und sicheren Hungertode entgegengehen, wird von den Bolschewiki, seitdem sie in den Kronstädter Tagen mit vollem Bewußtsein die Arbeiterbewegung niedergeworfen haben, in den Kerlern der Fäulnis schon lange nicht mehr, wie ihre Stipendiaten unwissenden Gläubigen vorzureden beantragt werden, die Konterrevolution, sondern die russische Revolution begraben. Nach den Nachrichten, die bei uns eingegangen sind, haben die übrigen zum Tode verurteilten Sozialrevolutionäre, um den Qualen ihrer ungewissen Lage ein Ende zu machen, den Bolschewiki die ultimative Forderung gestellt, sie entweder sofort zu erschließen oder ins Ausland zu entlassen. Die ganze widerliche Heuchelei der bolschewistischen Soldatengarde in der „Roten Fahne“ kann durch nichts so sehr gekennzeichnet werden, wie durch diesen letzten Appell der Eingekerkerten. Während man hier sich die Finger wund schrie über die „Gnade und Milde“ der russischen Regierung, stehen dort die besten Kämpfer es vor, den Qualen dieser „Gnade“ ein Ende zu machen. Noch einmal richten wir den Appell an die Bolschewiki, endlich die Verurteilten freizugeben.

Wir richten ihn aber noch viel mehr an die Zentrale der Deutschen kommunistischen Partei, an die Heinrich

Brandler, der durch das Verdienst der beiden sozialdemokratischen Parteien amnestiert wurde, an die Ernst Meyer und nicht zuletzt Alara Jettin, die jetzt in Rußland weilt. Sie sind es, die mit ihrem Namen die Schande des Sozialistenmordes bisher gedeckt haben. Schon bei der Befreiung der von den fanatisierten und unaufgeklärten Anhängern der KPD, gesprengten Protestversammlung gegen die russische Justizhände, die eine Schande und Katastrophe für die gesamte Arbeiterbewegung der ganzen Welt ist, haben wir darauf hingewiesen, wie ungeheure Verantwortung die Zentrale der Deutschen kommunistischen Partei für das Leben der russischen Freiheitskämpfer trägt. Ihr Widerstand gegen das Todesurteil, ihr Verlangen nach Freilassung hätte genügt, um die Sozialrevolutionäre zu befreien und in Deutschland und der ganzen Welt den Kampf der innerhalb der Arbeiterbewegung zu entzünden. Noch einmal, in letzter Stunde appellieren wir an die Mitglieder der deutschen Zentrale, von denen man zur Not noch annehmen kann, daß sie wissen, was sie tun. Versagt auch dieser Appell, dann soll sich niemand darüber täuschen: für das Leben der gemordeten russischen Genossen hatten die Kommunisten der ganzen Arbeiterklasse und Menschheit wird gefordert werden!

Raukskys Sieg über Trozki

Zwischen Rauksky und Trozki hat jahrelang ein grimmiger Bänkewarmer getobt über die Weltrevolution und ihre Methoden. Jetzt erklärt sich Trozki für besiegt. Nach der Berliner „Roten Fahne“ vom 7. September bringt die „Prawda“ ein Interview, das Trozki dem Korrespondenten des „Giornale d'Italia“ gewährt hat. Darin stehen als Antwort Trozki folgende Sätze:

„Die Weltlage kann schematisch in folgender Weise dargestellt werden: Der Kapitalismus bewies durch den letzten imperialistischen Krieg seine völlige Unfähigkeit zur Weiterentwicklung der Menschheit. Die Arbeiterklasse aber erwies sich im kritischen Moment als unfähig, die Erbschaft der Bourgeoisie zu übernehmen.“

Der Kapitalismus ist schon unfähig, die Arbeiterklasse zu ernähren — das ist das Merkmal unserer Epoche.

Was Trozki hier als seine Ansicht erklärt, war bisher Raukskys Meinung, die Trozki auf Tod und Leben bekämpft hat und die den Kern des Streites zwischen den beiden gebildet hat. Die „Rote Fahne“ sagt keinen Wut zu dieser Kapitulation Trozki vor Rauksky.

Hungerkrawall im Ruhrgebiet

Mülheim-Ruhr, 7. September. Im Laufe des Vormittags sammelten sich mehrere Trupps Kommunisten in den Straßen der Stadt an, um gegen die herrschende Teuerung zu demonstrieren. Es kam zu Zusammenstoßen mit der Schupo, die den Rathausplatz und die Hauptstraßen der Stadt abspernte. Durch Unvorsichtigkeit entlud sich ein Karabiner, wodurch 5 Personen verletzt wurden, die in das Krankenhaus gebracht werden mußten. Bei dem hierauf entstehenden Handgemenge wurden die Demonstranten gestreut, sodas bald wieder Ruhe einkehrte.

Erkrankungen durch Schweinefleisch

Magdeburg, 7. September. Wie die „Magdeburgerische Zeitung“ aus Erfurt meldet, erkrankten in Artern, Reinsdorf, Schoenfeld, Ringleben, Vorleben 85 Personen nach dem Genuß gekauften Schweinefleisches. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Neue Putschabsichten in München

München, 7. September. Unter der Überschrift „Besinnung“ bringt die Bayerische Staatszeitung an der Spitze ihrer heutigen Ausgabe einen Artikel, in dem es u. a. heißt: Von neuem lauten Gerüchte um, daß demnächst der Versuch gemacht werden soll, die Umgestaltung der gegenwärtigen Regierung auf einem Wege, der dem Gesetze und der Verfassung zuwiderläuft, vorzunehmen. Das Blatt weist darauf hin, in welcher unverantwortlicher Weise sich die Kreise, mögen sie recht oder unrecht stehen, am Wohl der Volksgemeinschaft verständig.

Der Artikel schließt: Wir wollen gar nicht daran zweifeln, daß es nur vaterländische Erwägungen sind, die jene Kreise, die mit dem Gedanken einer Diktatur spielen, zu ihren Absichten veranlassen. Aber dem Vaterlande dient in seiner gegenwärtigen verzweifeltsten Lage nur der, der auf dem gesetzlichen Wege bleibt und dahin wirkt, daß dieser Weg auch von anderen beschritten wird. Wer an der Gefundung des Staates mitarbeiten will, hat dazu Gelegenheit genug, dazu bedarf es keines Putsches, keiner Diktatur, dazu bedarf es nur der Besinnung. Und zu dieser rufen wir auf im Interesse unseres bayerischen Landes und des ganzen Reichs.

Die griechische Armee umzingelt

Paris, 7. September. Nach einer Havasmeldung aus Adana ist die griechische Söldarmee von den kemalistischen Truppen in der Gegend von Salich umzingelt und dem Vernehmen nach trotz ihres Widerstandes gefangen genommen worden. Salich und Samsirli seien von den Kemalisten besetzt worden. Die türkische Vorhut befände sich nur noch rund 40 Kilometer von Smyrna entfernt.

Paris, 7. September. Nach einer Havasmeldung aus Konstantinopel bestätigt es sich, daß der griechische Oberbefehlshaber Trikupis am Abend des 2. September in der Umgebung von Ushak von den Kemalisten gefangen genommen worden ist.

Anschläge gegen den Achtfundentag

(EP.) Paris, 7. September. Der Ministerrat beschloß heute, die Dienstzeit auf den Schiffen der französischen Handelsflotte auf 12 Stunden auszuweiden. Dadurch ist das Gesetz der achtstündigen Arbeitszeit in der französischen Handelsflotte abgeschafft worden. Mit die Eisenbahner ist ein jährlicher Arbeitszuschlag von 300 Stunden beschlossen worden, wodurch eine Ersparnis von 800 Millionen Franken erzielt werden soll.

Das Höchste aber ist der Sozialismus

Von Arin Crispian.

Die Frage der Einigung der sozialistischen Parteien ist nicht eine Frage der Auseinandersetzung von Personen über persönliche Angelegenheiten, über organisatorische Formeln und über Weltanschauungen, sie ist eine Frage der Stellungnahme von Parteien zur geschichtlichen Entwicklung. Im Verlauf der ökonomischen sozialen und politischen Entwicklung ergeben sich auf dem Wege vom Kapitalismus zum Sozialismus die verschiedenartigsten Situationen, denen jede proletarische Partei gerecht werden muß, wenn sie eine Rolle spielen und auf die Entwicklung in ihrem Sinn einwirken will. Die jeweilige Situation erfordert ihre besonderen Mittel und Wege, die sich also mit der Situation ändern.

Der ist nicht auf der Höhe, der überhaut nicht das Kampffeld, der meint, daß ihm eine Situation zu rasch gekommen sei oder daß mit der Anwendung besonderer der Situation entsprechende Mittel und Wege gewartet werden müsse, bis auch diese oder jene Juristengebilde nachgekommen wären. Es kommt eben darauf an, daß, was zu tun ist, um den anders gearteten Anforderungen gerecht zu werden, rasch, sicher und fähig zu tun. Es wäre auch sinnlos, auf die geschichtliche Entwicklung zu schimpfen, weil sie nicht so vor sich gegangen ist, wie man es sich in seinem Kopfe zurechtgedacht hat. Ebenso töricht wäre es, abseits zu sitzen und abzuschauen, wie jene allgemein bekannte Tante auf dem Sofa.

Der die Frage der Einigung der sozialistischen Parteien richtig beantworten will, muß sich zunächst darüber klar sein, wie die gegenwärtige Situation beschaffen ist, in welchen Erscheinungen sie sich von den vorhergehenden unterscheidet und welche Mittel und Wege sie notwendig macht, um den proletarischen Klassenkampf für den Sozialismus zu fördern.

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei entstand während des Krieges. Der Krieg der kapitalistischen Imperialisten drohte die, geschichtlich gesprochen, junge sozialistische Bewegung völlig zu vernichten. Eine Anzahl grundsätzlicher Sozialisten lehnte sich bewußt gegen jede Kriegspolitik auf. Die Gegensätze in der Sozialdemokratischen Partei wurden so stark, daß sie die organisatorische Form sprengten. In der Unabhängigen Sozialdemokratie schufen sich die Sozialisten, die die Idee des Sozialismus nicht untergehen lassen wollten, ein neues Haus. Die Unabhängige Sozialdemokratie war nicht eine Partei, die sich vom wissenschaftlichen Sozialismus abwandte oder sich ihm gar entgegenstellte; ganz im Gegenteil, sie hielt ihm die Treue. Das Entschieden der Unabhängigen Sozialdemokratie war in jener Situation, die vom Krieg beherrscht wurde, eine für die sozialistische Bewegung historische Notwendigkeit.

Mit der Dauer des Krieges wurden die ökonomischen und sozialen Zustände immer unerträglicher, die breiten Volksmassen immer kriegsmüder, bis der Militarismus zusammenbrach und die alten herrschenden Mächte unter seinen Trümmern begrub.

Das Proletariat kam zur Macht. Und zwar bevor es Zeit gehabt hatte zur inneren Klärung, um zur Erkennung seiner Aufgaben und zum zielbewußten geschlossenen Handeln zu gelangen. Deshalb konnte das Proletariat die Macht nicht behaupten bis zur Verwirklichung des Sozialismus. Es entbrannte vielmehr ein Kampf um die Macht. In dieser Situation wäre die Geschlossenheit der sozialistischen Bewegung die erste Voraussetzung für den dauernden Sieg des Proletariats gewesen. Wir erlebten aber, daß die sozialistische Bewegung durch bolschewistische Mäherereien und Sinnlosigkeiten zersplittert und geschwächt wurde. Dadurch wurden Teile der sozialistischen Arbeiterschaft nach rechts gedrängt, den linken bürgerlichen Parteien entgegen. Andere Teile der sozialistischen Arbeiterschaft wurden von Bolschewisten in politische Abenteuer verstrickt, zerrieben und sinnlos geopfert. Bevor die Einigung der Sozialisten nach dem Zusammenbruch des Militarismus fest und fruchtbar gemacht werden konnte, war sie schon wieder zerschlagen. Abermals war die Idee des Sozialismus bedroht und wieder wurde die Unabhängige Sozialdemokratie zum festen Hort der sozialistischen Idee. Die proletarischen Massen strömten der Unabhängigen Sozialdemokratie zu, die auf dem besten Wege war, die sozialistische Partei des revolutionären Proletariats in Deutschland zu werden.

Mit verstärkter Wucht nahmen nun die Bolschewisten den Kampf in erster Linie gegen die Unabhängige Sozialdemokratie auf. Die Revolution in Deutschland war den Bolschewisten gerade gut genug als ein Mittel, dem Vordringen des Bolschewismus in Westeuropa Vorstöße zu leisten und sich in Deutschland Agenten für die bolschewistische Auslandspropaganda zu schaffen. Den Kampf des Proletariats um die Macht verwandelten die Bolschewisten in einen das Proletariat aufs schwerste schädigenden, weite Schichten des Proletariats verrohenden Bruderkrieg. Die Bolschewisten zerschlugen die härteste revolutionäre sozialistische Partei der Welt, das war die Unabhängige Sozialdemokratie vor Halle. Damit hatte das Proletariat in Deutschland eine schwere entscheidende Niederlage erlitten und die weitere Entwicklung der Revolution wurde in andere Bahnen gedrängt.

Je schwächer das Proletariat wurde, desto stärker wurde die bürgerliche Reaktion. Aus dem Kampf des Proletariats um die Macht war ein Ringen geworden, in dem es darauf ankam, erneut erst wieder die Vorbedingungen zu schaffen für die Aufnahme des unmittelbaren Kampfes um die Macht. Als 1920 die militärisch-monarchistische Reaktion einen offenen Vorstoß wagte, wurde das Proletariat gezwungen, die demokratische Republik zu verteidigen. Aus dem Kampfe um die Macht, aus dem Ringen um eine rein sozialistische Regierung wurde ein Kampf um die Erhaltung einer bürgerlichen Republik. Der Schutz der Republik als Ausgangspunkt für den Klassenkampf um den Sozialismus ist für das Proletariat eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart geworden. Noch mehr, das Proletariat ist soweit zurückgeschlagen, daß es den Achtundtagsstreik und die Arbeitskraft und das tägliche Brot verteidigen muß.

So hat sich eine Situation entwickelt, in der das Proletariat um die Erhaltung ökonomischer und politischer Rechte und um weitere Reformen kämpfen muß, um die Festigung und Neuerringung von Machtpositionen im Reich, in den Ländern und in den Gemeinden, damit es wieder festen Boden unter die Füße bekommt, von dem aus dann wieder Kämpfe um die Macht vorbereitet werden können. In einer

Die Ausbeutung der Verbraucher

Wucher und Teuerung vor der Stadtverordnetenversammlung

Die aektrige Sitzung der Stadtverordnetenversammlung beriet die

Mafnahmen des Magistrats gegen die Teuerung

In einer längeren Erklärung nimmt vor der eigentlichen Ausprache über die bereits von den Fraktionen gestellten Anträge Oberbürgermeister Doeh das Wort. Er schilderte zunächst die Sorgen der Minderbemittelten, Erwerbslosen, Sozial- und Kleinrentner usw. vor dem kommenden Winter. Das allgemeine Mißtrauen, die Preissteigerungen der letzten Wochen als Ueberteurung, ja sogar als Wucher anzusehen, entfalte leider nicht der Begründung, trotzdem das Schwanken des Marktkurses in den letzten Wochen eine gewisse Verteuerung aller Lebensmittel rechtfertige.

Die Maßnahmen des Magistrats zur Kontrolle der Preisfeststellungen in den Markthallen und auf Wochenmärkten, bei denen Polizei und Magistratsbeamte zur Wucherbekämpfung häufig tätig sind, haben bereits beruhigend gewirkt. In der Nahrungsvorsorge ist es gelangt, Auslands- und Inlandszucker streng voneinander zu trennen, so daß jede Ueberschreitung als Wucher in Zukunft festgestellt werden kann. Die Preisprüfung der Textilwaren macht außerordentliche Schwierigkeiten. Es wird jedoch versucht, durch Verhandlungen mit Groß- und Kleinhandel der Branche eine zuverlässige Grundlage für die Preisbildung zu finden. Nicht die Wiederbeschaffungskosten, sondern die wirklichen Herstellungskosten sollen im allgemeinen die wirkliche Grundlage des Verkaufspreises bilden. 80 Prozent der Nahrungsmittelversorgung Groß-Berlins kommt aus dem Auslande.

Unschlüssig des Brotgetreides sei zwar die Ernte nicht so auszufallen, wie erhofft wurde, doch laubt man, ohne Streckung der Mehlvorräte mit Kartoffelmehl auskommen zu können. Wenn das Wetter einermäßen wird, so sei auf eine gute Kartoffelernte zu rechnen. Hinsichtlich der Fleischversorgung sei Berlin in steigendem Maße auf die Mitwirkung des Auslandes angewiesen, da in der Fleischversorgung ein harter Rückschlag einetreten ist. Die Versorgung mit Milch steht in keinem Verhältnis zum Bedarf. Der Konsum von Milch ist in den letzten Wochen infolge der außerordentlichen Preissteigerungen erheblich zurückgegangen. Der Gesundheitszustand der Bevölkerung wird dies bald klar erkennen lassen. Die Obst- und Gemüservorgung ist reichlich und gut. Die Versorgung mit Brennmaterial dagegen bereitet außerordentlich große Sorgen, da keine Vorräte vorhanden sind.

Mit der Rassenpeisung wird in der letzten Woche der Bevölkerung nicht viel abgeholfen werden können, zumal von den bisher in Berlin verteilten 5000 Portionen 3000 an Angehörige des Mittelstandes in Charlottenburg abgegeben werden. Vielmehr müssen durch Verhandlungen mit Reich und Ländern die Notstandsaktionen eingehend beraten werden, da sämtliche Stätten das Geld, aber auch der Kredit fehlt. Das Ziel der Notstandsaktion muß die Schaffung einer Frostreserve an Kartoffeln, Kohlen, Säulenfrüchten usw. sein. Das Reich hat bis heute die bereits seit längerer Zeit angedachten Vorschläge noch nicht gemacht.

Oberbürgermeister Doeh zählte dann im einzelnen auf, welche Summen die Stadt benötigt. Auschlami sind es 208 Millionen Mark. Für die Fortführung der Volksspeisung im Etatjahre werden 17 Millionen gebraucht, für die Armenspeisung 15 Millionen. Die Not der Jugend und der Mütter bedarf besonderer Berücksichtigung in Höhe von 18 Millionen Mark, die Milchversorgung erfordert 8 Millionen Mark, die Waisenversorgung 55 Millionen und die Unterhaltung privater Wohlfahrtsvereinigungen 55 Millionen Mark. Notürlich hat sich der Magistrat über die Frage der Deckung den Kopf zerbrochen. Es werden der Stadtverordnetenversammlung diesbezüglich neue Vorschläge zu machen. In diesem Zusammenhang kommt der Oberbürgermeister auf die Schlemmersteuer zu sprechen, deren praktische Durchführbarkeit unversucht mit den in Frage kommenden Interessenten beraten werden soll. Die Stadt Berlin könne von denen, die noch dazu in der Lage sind, fordern, daß sie die allgemeine Not lindern helfen, anstatt zu schlemmen und zu veracuben. Das sei die moralische

solchen Situation verschwinden die Gegensätze zwischen den sozialistischen Parteien. Die Meinungsverschiedenheiten über taktische Fragen sind zwischen den Parteien nicht größer als innerhalb jeder Partei zwischen den Mitgliedern. Gemeinsame Not und gemeinsame Verfolgungen führen zu gemeinsamen Aktionen. Gemeinsame Kämpfe brachten die sozialistischen Parteien einander näher und näher, tiefen Arbeitgemeinschaften entstehen und werden in der Einigung der sozialistischen Parteien die Stärkung und Geschlossenheit des Proletariats sichern. Dadurch erfüllt sich unsere Voraussage, daß das Proletariat in gemeinsamen Kämpfen zur Einigkeit gelangen und zu einer letzten Endes unwiderstehlichen Macht werden wird.

Seit dem Kapp-Putsch von 1920 kamen die sozialistischen Parteien und Gewerkschaften immer wieder zusammen, um gemeinsame Forderungen aufzustellen. Forderungen zum Schutze der Republik, zur Erfassung der Sachwerte, zur Sozialisierung, zur Sicherung von Arbeiterrechten und der Volksernährung, zur Fortführung der Sozialpolitik usw. Sollten die gemeinsam aufgestellten Forderungen ihre Erfüllung finden, dann muß hinter ihnen auch der gemeinsame Wille zur Tat stehen. Daran hat es bisher leider gefehlt, weil nach jeder kritischen Situation die Bruderkämpfe zwischen den sozialistischen Parteien immer wieder einsetzten. Dabei allerdings zu beobachten war, daß diese Bruderkämpfe einen immer mildereren Charakter annahmen.

Auch die praktische Politik der Kommunisten, soweit sie überhaupt zu einer praktischen Politik kamen, unterscheidet sich im allgemeinen nicht von der Politik der Unabhängigen Sozialdemokratie und der Sozialdemokratischen Partei. Haben sich doch auch die Kommunisten unterchriftlich verpflichtet, alle Maßnahmen der Reichsregierung zum Schutze der Republik zu unterstützen, stimmten doch die Kommunisten im Reichstag für bestimmte Gesetze, sobald es auf ihre Stimmen ankam, um durch die Annahme solcher Gesetze eine Auflösung des Reichstages zu verhindern. Nichts würde die kommunistischen Arbeiter daran hindern, ebenfalls zum Heer der vereinigten Sozialisten zu stoßen, wenn sie sich endlich von den Führern freimachen könnten, die sie irreführen und betrügen. Diese kommunistischen Führer sind, abgesehen von einigen politischen Kindschöpfen und Phantasten, nichts anderes als von der russischen Bauernregierung gekaufte Kreaturen, um die Sozialisten in Rußland und in den übrigen Ländern zu bekämpfen. Die russische Regierung hat längst aufgehört, eine sozialistische

Begründung dieser Steuer. Ferner sei die Frage Tommer Arbeitlosigkeit wieder aufzutauchen. Das Steigen der Preise von Eisen und Kohlen werde bald unsere Konkurrenzfähigkeit am Weltmarkt in Frage stellen und die Arbeitslosigkeit nach sich ziehen. Zurzeit betrage die Zahl der Arbeitslosen Berlins nur 2000. Um drohender Arbeitslosigkeit vorzubeugen, seien vom Reich und dem Reichsarbeitsminister zur Fortführung von Wohnausbauten erhebliche Mittel zur Verfügung zu stellen.

Nach dem Oberbürgermeister erhielt das Wort für die unabhängige Fraktion

Genosse Dr. Herz.

Er führte u. a. aus: Ohne Grund die Bevölkerung zu erregen, ist wohl falsch, nichts ist aber verhängnisvoller, als sich einem unbegründeten Optimismus hinzugeben. Die Reparationslasten, die drohende Besetzung des Ruhrgebietes tragen nicht die allein ausschlaggebende Schuld an dem Zusammenbruch der Mark. Zur Zeit des größten Tiefstandes der Mark waren monatelang überhaupt keine ausländischen Zahlungen zu leisten. Eine der Hauptursachen der Markkatastrophe ist die Tatsache, daß die inländischen Kapitalisten das Vertrauen zur Mark verloren haben. Ihre Panikstimmung blieb nicht ohne Folgen auf die Haltung des ausländischen Kapitals. Wo soll Vertrauen zur Mark im Ausland herkommen, wenn sie in Deutschland nur noch als Lohn maßstab gilt? Es ist ein Skandal, daß die Mark ihre Funktion als Wertmaßstab fast vollständig eingebüßt hat. Die Kapitalisten rechnen nur noch Dollars. Dieser Patriotismus hat wahrhaft verhängnisvolle Folgen gezeitigt. Jeder hamsterie Devisen. Die ganze Anspannung der Konjunktur wurde damit auf die Verbraucher abgewälzt. Jedes Steigen des Dollars treibt die Preise in die Höhe, das Sinken des Dollars aber läßt sie unverändert. Heute haben wir einen Dollarkurs von 1200. Das ist die Hälfte des höchsten Standes. Trotzdem sind Warenpreise nicht, oder nicht nennenswert gesunken. Einige Kartelle, Syndikate, einzelne mächtige Kapitalisten üben eine Preisdisciplinierung aus. Sie sind. Ob es sich um Margarine oder Zucker, Eisen oder Nahrung handelt, sie alle aieren nur nach dem Profit, den die Konjunktur ihnen eröffnet, sie wollen alle nur Ausbeutung der Verbraucher!

Wenn diese Zustände solche ungeheure Erregung auslösen, so durch die Tatsache, daß einzelne und kleine Gruppen sich außerordentlich bereichern und dieses Reichwerden unverblümt zur Schau tragen. Das breite Volk verkommt im Glend und dränken im Weinen erleben immer mehr neue Villen und Paläste. Sie konnten nur errichtet werden durch die grenzenlose Steuer- und Kapitalflucht der Besitzenden. Auf Grund dieser Tatsachen darf man sich nicht darüber wundern, wenn das Ausland die Not der deutschen Wirtschaft nicht voll erkennen will.

Die jetzigen Verhältnisse sind die

Folgen der freien Wirtschaft,

gegen deren Einführung wir uns seinerzeit hemmten. Die Zwanadwirtschaft ist kein idealer Zustand, sie brachte aber eine gleichmäßigere Verteilung und Preisgestaltung als gegenwärtig der Fall ist. Wir haben ja heute noch eine Zwanadwirtschaft, aber nicht im Interesse der Allgemeinheit, sondern im Interesse der organisierten Produzenten. Die Konsumgenossenschaften, die es abgelehnt haben, mit dem Zucker zu wuchern, wurden von dem Zuckerkartell einfach nicht mehr beliefert. Soar die christlichen Konsumgenossenschaften konnten nur Zucker durch das Einreisen des Reichsernährungsministeriums erhalten.

Nicht nur beim Großhandel, sondern auch beim Kleinhandel sind außerordentlich zahlreiche Fälle von Wucher und unrechtmäßiger Preiserhöhung festzustellen. Die Rechtslage über die Preisgestaltung ist einfach. Sie ist geschaffen durch die Entscheidung des Reichsgerichts und Verordnungen des Reichswirtschaftsministers. Lediglich die Herstellungskosten und keinesfalls die Wiederbeschaffungskosten haben die Grundlage des Verkaufspreises zu bilden.

Bei Redaktionschluss dauerte die Sitzung fort. Den Schluß des Berichtes und der Rede des Genossen Herz bringen wir infolge dessen in der morgigen Nummer.

Regierung zu sein, ihr ist die sozialistische Bewegung unbequem, weil sie im Gegensatz steht zur bürgerlich-bäuerlichen Reaktion in Rußland selbst und deren Auswirkungen in den übrigen Ländern. Darum das Geschrei und Geschimpfe auf die sozialistischen Parteien, das im direktesten Gegensatz zur praktischen Politik der Kommunisten in den einzelnen Ländern steht. Der Tag wird aber kommen, wo auch die kommunistischen Arbeiter sich aus der Moskauer Abhängigkeit löstringen und den Weg zu ihren Klassenbrüdern in allen Ländern finden werden. Die Einigung der sozialistischen Parteien kann nicht vertagt werden bis kommunistische Führer zur Vernunft gekommen sind, wenn anders nicht das Proletariat die gegenwärtige Situation ungeändert lassen soll.

Der Zeitpunkt der Einigung der sozialistischen Parteien ist gekommen. Er kann von einzelnen Personen weder beschleunigt noch hinausgeschoben werden. Man muß Mut und Selbstvertrauen haben, das einzusehen und dementsprechend zu handeln. Es stehen die Lebensinteressen des Proletariats, es steht das Schicksal des Sozialismus auf dem Spiel, der uns allen höher stehen muß als alle persönlichen und formellen Bedenken.

Die Einigung der sozialistischen Parteien bedeutet noch nicht die Erfüllung aller Wünsche und Forderungen, sie bedeutet aber die Erfüllung der proletarischen Massen mit neuem Kampfesmut, mit neuer Begeisterung, sie bedeutet die Aufrüttelung abseits stehender, verdrossener Massen, die Ermüdung schlafender Schichten des Proletariats und ihre Zusammenfassung zum Kampf um die sozialistische Gesellschaft.

Die Einigung der sozialistischen Parteien in Deutschland wird im gesamten Proletariat im eigenen Lande und in allen anderen Ländern die Elemente freisetzen und unwiderstehlich machen, die zur Einigung der Arbeiter aller Länder drängen. Eine neue Phase in der Geschichte der sozialistischen Arbeiterbewegung hat begonnen.

Kukurin
Hornhaut, Schwiele u. Warzen
sicher u. schmerzlos
In Apotheken u. besseren Drogerien erhältlich
Gegen Fußschweiß und Windlaufen Kukurin-Fußbad!

Arbeiterwandern und Arbeitersport

Herbstwanderung

Was der Regensommer uns verdorben hat, scheint der Herbst noch einigermaßen wieder gutmachen zu wollen. Die leidlich warme Witterung der letzten Tage hat der Herbstflora den ersehnten Nutzen gebracht. Kiefern, Georginen, Chrysanthemem leuchten in satter Pracht. Die Sonne muß es aber mit der mitleidenden Menschheit noch recht gut meinen, wenn das an den Bäumen massenhaft hängende Spätobst ausreifen soll. Namentlich die Banerpfleumen sind, wie wir jetzt bei der Herbstwanderung durch Dörfer und Fluren allenthalben andauernd sehen, in der Ernte um vier Wochen zurück. Im Wald wandert es sich gerade jetzt am schönsten. Ohne sengende Hitze schafft man noch einmal so viele Kilometer. Tannen und Fichten prangen im unverwundlich grünen Kleid, der Laubwald strahlt hier und da schon in bunten Farben wie ein Regenbogen. Wer zu weiter Wanderung keinen Schneid hat, versteht auch in stiller Bescheidenheit das Nauschen des herbstlichen Waldes, das Singen und Klängen des Abganges von einem Sommer, dem wir diesmal nur mit gemischten Gefühlen nachtrauern.

Am Stienhsee

Zwischen den Niderbörger Kalkbergen und Straußbera zeigt die Wanderkarte einen auffallend großen blauen Fleck. Was für die Größe der Mühsal hat, muß man sehen. Viele verbinden damit zunächst eine vorwärtliche Beschäftigung der immer wieder reizvollen Kalkberge. Dann geht es hinter dem Tiefbau zwischen Schulaenbühne und dem Krien-See hindurch nach Tsdorf, von wo nach dem dicht bewaldeten nördlichen Ufer des Blau-Seeles, des mächtigen Stienh-Seees, nur ein Kalksprung ist. So unergründlich tief wie die sauerliebenden Märker erzählen, wird ja auch der Stienh nicht sein, aber er hat, ähnlich wie der Mühsalsee, zeitweise seine Ufer und wird Sealer bei unruhigem Wetter leicht gefährlich. Der flache, von Kiefern durchsetzte Nordstrand hat kamose Freibadstellen. Von drüben her kriechen die Kiegeleschlote von Dennidendorf und Dersfelde. Nach einständiger Waldwanderung wird am Dorfhaus der Stranggraben überschritten, um den nahen Wachtelberg, auf dessen Höhe sich ein hübsches Restaurant befindet, zu kriechen. Die Aussicht, nach hinten auch über den kleinen Bruder des Stienhseees, belohnt die Klettermühe. Nach Ost und West ist nichts als Ziel wieder das Dorfhaus und von da immer durch schönen Wald über die Kalkberge und an dem wunderbaren Wäldchen entlang, das weiter hinauf das Adull des Annatales bildet, der Staatsbahnhof Straußbera.

Wendisch-Buchholz

Wer sich weiter in die Mark hineinwagen will, verläßt nicht das prächtige, bis jetzt fast nur von andauernden Wandervögeln besuchte Waldgebiet bei Wendisch-Buchholz. Schon der Name weist auf eine alte slawische Niederlassung hin. Man benutzt den Fernweg mit der Gölzberger Bahn möglichst früh nach Groß-Körbis und von hier, wie im Anfang zu der bekannten Tour durch die Dubrow-Först, den Weg durch das Dorf Groß-Körbis, über Gut Wilhelmshof bis nach dem zwischen Klein-Körbis See und Hölzernen See eingeschlossenen Korbhans Neubrück. Nun aber nicht nördlich an den Seen entlang in die Dubrow hinein, sondern südlich zur prächtigen Waldung der Oberförsterei Damm. Die Märchenwelt unserer Auendacht taucht auf. Gnommen und Feen treiben vor dem ersten Auge ihr nealiches Spiel zwischen den Tannenriesen, die ihre Zweige dicht am Boden schleifen lassen. Ist undurchdringlich ist das Dickicht, ein köstliches Panorama märkischer Waldesamkeit, durch das die langgestreckte Dahme ihre silberne Linie zieht. Sie berührt auch Wendisch-Buchholz, einen leeren alten Marktflecken, die sich in hundert Jahren kaum verändert. Wir sind nun schon unweit von Köben mit dem Wehlbera, dem Einfallstor nach dem Unterpreevald, haben ja aber leider nur den einen Tag frei und treiben zur Rückfahrt an der Dahme entlang nach Oberin mit seinem gleichnamigen schönen See oder auf der Chaussee in 40 Minuten nach Bahnhof Halbe.

2. Werbetag der Arbeiterathleten

Die Sommerferien der Sportler geht ihrem Ende entgegen und alle Sportarten sind bemüht, durch einen eindringlichen Abschied für die Ideen der proletarischen Sportbewegung zu werben.

So auch der Arbeiter-Athletenbund, der es sich im letzten Jahre besonders angelegen sein ließ, die Jugendlichen und Schüler in seine Sportarten einzuführen. Um die Berliner Arbeiterschaft auf den Wert der proletarischen Sportbewegung aufmerksam zu machen, veranstaltete der Arbeiter-Athleten-Bund am Sonntag, den 10. September, nachmittags 3 Uhr, im Restaurant Neun-Seeland am Bahnhof Stralau-Kummelsburg sein 2. Werbetag, mit voranehender Demonstration, die um 2 Uhr am Mariannenplatz beginnt. Die Arbeiterschaft Berlins, die den Sport liebt, wird auch dieser Veranstaltung ihre Aufmerksamkeit schenken und zum Gelingen des Festes ihr Teil beitragen.

Grüß der französischen Arbeitersportler

Der Arbeiter-Sportverband Frankreich richtete an den Bundesvorsitzenden des Arbeiter-Turn- und Sportbundes ein Schreiben, das für die deutsche Arbeiterschaft von Interesse ist und aus der wir folgende Zeilen zitieren:

„Genossen! Nehmen Sie fort in Ihrem schönen Werk und vor allem, lassen Sie Nutzen ziehen auch die Genossen der Internationale, die leider noch nicht so große und schöne Erfolge wie Sie zu zeigen imstande sind. Haben Sie Vertrauen in sie und glauben Sie nicht, daß, wenn Sie bei ihnen mehr Idealismus als positive Tätigkeit feststellen, ihre Herzen den an sie gerichteten Lehren unzugänglich wären.“

Wie Sie, so tragen auch sie tagtäglich ihre Steine zu dem großen proletarischen Gebäude. Wie Sie, so trachten auch sie nach der Beseitigung aller Zwingsburgen. Wie Sie, so möchten auch sie die Urheber der Gesellschaft voll Gerechtigkeit und Brüderlichkeit sein, nach welcher alle durch den revolutionären Gedanken aufgeklärten Arbeiter streben, dem Gedanken, ohne den eine Befreiung nicht möglich ist.

Laßt uns alleamt arbeiten am gemeinsamen Werk und fesseln wir vor allem die Aufmerksamkeit des Proletariats durch die Abhaltung großer Manifestationen von hoher sozialer Bedeutung, wie sie uns in Leipzig geboten wurden.

Der Arbeiter-Sportbund hofft, auch Sie einstmals empfangen und Fervor geben zu können von dem Band, das uns miteinander verbindet.

Nochmals sagen wir Ihnen Dank und behalten Vespala als eines der unvergesslichen Augenblicke an die internationale Tätigkeit der Arbeiter-Sportbewegung.

Übermitteln Sie in unserem Namen allen deutschen Genossen und Arbeitern den Ausdruck höchster Anerkennung und vor allem versprechen Sie ihnen, daß wir als schönste Erinnerung das behalten, wo sich Menschen zu gemeinsamen Bestrebungen zusammenfinden. Die deutsche Arbeiterklasse hat ein Recht stolz zu sein, nicht nur in diesem Sinne gehandelt zu haben, sondern darüber hinaus tätig gewesen zu sein für die Debung der physischen, moralischen und materiellen Lage des Proletariats.“

Arbeiterwanderer, schützt die Natur!

Berliner Arbeiterschwimmer in Potsdam

Am 27. August veranstalteten, aus Anlaß ihres 10jährigen Bestehens, die „Freien Schwimmer Potsdam“ gemeinsam mit der Schwimmabteilung der „Freien Turn- und Sportvereinigungen Rowaer“ ihr diesjähriges Schwimmfest. Dem Rufe um Unterstüßung waren 7 Berliner Arbeiter-Schwimmvereine gefolgt. Der Arbeiterschwimmerverein Gölz ließ es sich nicht nehmen, auch seinerseits einige Mannschaften zu schicken.

Der Sonntag sah die Schwimmer früh auf den Beinen. Am Nachmittag ging es unter Vorantritt der Rowaer Turnerkapelle zur Türkischen Badeanstalt. Infolge der guten Befegung entspannen sich recht interessante Kämpfe. Man sah Belle, Bormaris-Berlin und Gölz in Front. Mit besonderem Interesse wurden das Springen und die Wasserballspiele aufgenommen. Das Zeit ist als gelungen zu betrachten und dürfte manchem Zweifler an der Arbeiterschwimmersache die Augen geöffnet haben.

Nachstehend die Resultate:

1. Schwimmabteilung 4 mal 2 Schwimmlängen, 1. Belle, Berlin
2. Jugend-Schwimmer, 1. Nummer, Belle 34 Punkte.
3. Damen-Jugendschwimmer, 4 Schwimmlängen, 1. G. Gölz, G.
4. Männer-Jugendschwimmer 4 mal 2 Schwimmlängen, 1. Bormaris, Berlin, 2. Belle, Berlin
5. Jugendfreischwimmer 5 Schwimmlängen, 1. G. Gölz, G. S. Gölz, 2. Belle, Berlin
6. Männer-Schwimmer, 1. Belle, Gölz, 32 1/2 Punkte.
7. Jugendfreischwimmer 4 mal 2 Schwimmlängen, 1. Belle 2. Min. 15 1/2, Gölz
8. Schwimmabteilung, 1. Nummer, Potsdam, 44 1/2, Gölz
9. Damen-Schwimmer 4 mal 2 Schwimmlängen, 1. Belle 1. 3 Min. 0 1/2, Gölz
10. Jugendfreischwimmer 4 Schwimmlängen, 1. Nummer, G. S. Norden, 1. Min. 30 1/2, Gölz
11. Männerfreischwimmer 6 Schwimmlängen, 1. Jahr, Bormaris, Berlin, 1. Min. 27 1/2, Gölz
12. Herren-Schwimmer, 1. Belle, Berlin, 62 Punkte
13. 100-Meter-Schwimmer (Männer), 1. Gölz, Berlin, 1. Min. 21 1/2, Gölz
14. 100-Meter-Schwimmer (Damen), 1. Gölz, Berlin, G. S. Gölz, 21 1/2, Gölz
15. Gölz-Schwimmer 2 Schwimmlängen, 1. Jahr, Bormaris, Berlin, 32 Punkte
16. Wasserballspiele, Jugend: Belle I — Belle II — 1-4, Männer: Gölz, Bormaris-Berlin, 3-3; Männer: G. S. Norden, Belle-Berlin, 2-1.

Sportliche Wettkämpfe auf dem Dominionsplatz in Schönberg am Sonntag, den 10. d. Mtz. Anfang 2 30 Uhr. Für Frauen: 75 m, Hochsprung, 4x100 m Staffel. Männer: 200 m, 2000 m, Weisprung, Kugelstoßen, Diskus- und Speerwerfen, 4x100 m und Schwedenstafel. Altersstürmer: 100 m, Schüler: 100 m, Jugend: 400 m, Dreisprung, Diskus- und Speerwerfen, 4x100 m und Olympische Staffel. Eintritt 3 Mark; Teilnehmer und Jugend 1 Mark. Die Mitglieder der Freien Turnerschaft Groß-Berlin und Briedenau werden um zahlreiche Beteiligung ersucht. Abends Vorführung des Bundesfestfilms in der Aula Frankfurterstraße.

Rückgang der Sparkasse

Die Sparkasse der Stadt Berlin, der außer der Alt-Berliner Sparkasse noch die 13 Sparkassen der ehemaligen Vororte angeschlossen, erachtet soeben ihren umfangreichen und übersichtlichen Jahresbericht für 1921. Danach betrug der Spareinlagenbestand am Ende des Geschäftsjahres 1,93 Milliarden, während der entsprechenden Periode 1,88 Milliarden. Der Guthabensbestand der Sparer hat sich gegenüber dem Vorjahre um 111,2 Millionen, d. h. 5,95 % erhöht. Diese Zunahme ist aber nur scheinbar, denn die Geldentwertung und die wirtschaftliche Not drückt sich darin aus, daß die Zunahme von rund 6 % einen bedeutenden Rückgang gegenüber dem Sparzuwachs von 14,85 % im Jahre 1920 bedeutet. Wenn man die der Teuerung entsprechende Reichsindexziffer zugrunde legt, läßt sich die Zunahme des Jahres 1921 sogar in ein Nichts auf. Diese Verhältnisse haben, wie der Jahresbericht der Sparkasse hervorhebt, „ein bedrücktes Renais als für die weitere Zunahme der Verarmung und der Abnahme der Sparkraft gerade des Mittelstandes und der unteren Schichten der Bevölkerung, aus deren Kreisen sich vorwiegend die Sparer zusammensetzen. Alle Lohn- und Gehaltsverhöhen, die gewährt wurden, mußten zur Bestreitung des notwendigen Lebensunterhaltes verwendet werden; von Ersparnissen konnte keine Rede sein. Dem Rückgang der Sparkraft spricht auch die geringe Zunahme der Sparformen. Verhältnismäßig man, daß rund 80 000 Kronen der Deeres- und Jugendsparkasse sowie die mit einem Guthaben von nicht mehr als 3 Mark, für die die Bücher seit länger als drei Jahren nicht mehr vorzulegen worden sind, auf dem Konten vereinigt wurden, so ergibt sich nur die geringe Zunahme von 2179 Konten. Eine tatsächliche Zunahme von Spareinlagen haben nur die Monate Januar und Dezember gebracht, in denen sie auch in früheren Jahren besonders hoch waren. Aus Anlaß vor dem Welterschreiten der Teuerung und dem weiteren Sinken der Kaufkraft des Geldes ziehen die Sparer ihre Einlagen zurück und legen sie in Sachwerten, Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen an. Inwiefern das Spekulationsfieber, das im Lauf des vergangenen Jahres in großem Umfange auch die breiteren Schichten der Bevölkerung ergriffen und zu Abhebungen von Spareinlagen geführt hat, dabei mitspricht, läßt der Jahresbericht der Berliner Sparkasse dahingestellt sein.“

Reue Löhne der städtischen Arbeiter

Der Magistrat hat den neuen Septemberlöhnen der städtischen Arbeiter zugestimmt, ebenso der sofortigen Zahlung eines Vorschußes darauf bis zu 1000 Mark im Einzelfalle. Die durch die neuen Gehalts- und Löhnerhöhungen und die sachlichen Mehrausgaben veranlaßte Anspannung

der städtischen Mittel ist jedoch so groß und die bisherigen Zuschüsse und Steueranteile von Reich und Staat so gering, daß der Magistrat von den zum 1. Oktober fälligen Vierteljahrszahlungen voraussichtlich zunächst nur einen Monatsbetrag wird zahlen können.

Gaststrafen statt Gasprämien

In den nicht unangenehmen Kriegserinnerungen gehörte es, daß sparsame Gasverbraucher mit Prämien bedacht wurden. Diese Vergünstigung ist aufgehoben worden. Statt der Prämien hat man eine Art von Strafzuschlägen eingeführt. Der weniger verbrauchte, als er mindestens verbrauchen soll, hat bei einem fünfflammigen Gasmesser für je 3 Kubikmeter 3 Mark, bei einem sechsfammigen Gasmesser 5 Mark mehr zu zahlen. Das ist also bestrafte Sparsamkeit. Welcher davon die Stadtverordnetenversammlung? Der Gaspreis ist doch wirklich schon hoch genug und wird noch teurer werden. Da bedarf es für sparsame kleine Haushaltungen keiner Strafzuschläge, die stark nach bürokratischer Geldmagerlei riechen.

Wasservergütung durch spielende Kinder. Uns wird von der hohen Obrigkeit geschrieben: „Trotz wiederholten Einweises auf die unrichtmäßige Wasserentnahme aus den Strahlenbrunnen und die Wasserverschwendung durch Kinder kann man nämlich die Beobachtung machen, daß Kinder am Brunnen stehen und unruhig das Wasser laufen lassen, sich gegenseitig beschreiben und durch alle möglichen Spielereien größere Wassermengen verpfänden. Abgesehen von den dadurch der Stadtmehnde zur Last fallenden unnötigen Kosten — auch der Wasserpreis hat eine erhebliche Steigerung erfahren — müßte eine derartige Wasservergütung schließlich zur Sperrung einzelner Brunnen führen, wodurch den Gespannen die Tränkfluten entzogen würden, auf die sie allein innerhalb des Stadtgebietes angewiesen sind. An die Eltern und Lehrer ergeht daher wiederholt das Ersuchen, den Kindern diesen Unnutz fern zu verbieten und ihnen die evtl. Bestrafung seitens der Schulbehörde vor Augen zu halten.“ Brr. Uns wird ganz angst. Die bunkeften Erinnerungen verfloßener Kindertage keimen auf. Wenn solche Strenge nicht hilft, dann wissen wir nicht, was auf der Welt noch helfen kann. Arme Kinder!

Auch die Stadtbahn erhöht. Wie wir hören, will die Eisenbahndirektion Berlin am 1. Oktober die Tarife der Berliner Stadt- und Ringbahn und der Vorortbahnen um rund 10 Prozent erhöhen. Die billige Fahrkarte wird 5 Mk. kosten. Die Monatskarten werden in gleicher Höhe verteuert werden.

Für die weltliche Schule am Wedding müssen Abmeldungen vom Religionsunterricht und Anträge auf Umschulung von den Direktoren der Schulen bis zum 1. Oktober entgegengenommen werden. In Fällen der Ablehnung wende man sich an die städt. Schuldeputation Berlin-Mitte. — Schulanfänger sind bei den zuständigen Schulkommissionen sofort für die weltlichen Schulen anzumelden. Die Abmeldung vom Religionsunterricht muß auch hier ordnungsmäßig vorgenommen werden. Auskunft in allen Fragen der weltlichen Schule, sowie Ausgabe der vorchriftsmäßigen Formulare bei Falk, Müllerstr. 50 b, 2. Portal v. III; Hermann, Dennisdorfer Straße 12, v. II; Schäfer, Burdorsstraße 12, v. IV; Anderson, Straßburger Str. 19 v. Keller; Böhl, Prinzessallee 83 v. II.

Gartenbauausstellung. Der Bezirk Norden II des Reichsverbandes der Kleingarten-Vereine Deutschlands, Gau Groß-Berlin (Verband der Laubkolonisten Berlins und Umgegend), veranstaltet mit seinen etwa 12 000 Mitgliedern am 10., 11. und 12. September 1922 in Linders Konzerthaus, Panow, Breite Straße 34, seine erste große Ausstellung von selbstgezeigten Blumen, Früchten, Gemüse usw. In Anbetracht der Förderung unserer Bestrebungen, Bedienung der Nahrungsmitteleproduktion durch intensiven Kleingartenbau in den Berliner Laubkolonien bitten wir alle Interessierten und Gönner, die Ausstellung an den obenangewiesenen Tagen Sonntag von 9-11 Uhr, Montag von 9-10 Uhr, Dienstag von 9-7 Uhr durch zahlreichen Besuch beehren zu wollen. Eröffnungsfestlichkeit am Sonntag um 2 1/2 Uhr.

Ein seltsamer Fall. Ermäßigung der Gebühren im Paket- und Verkehr nach dem Ausland. Der deutsche Gegenwert des Goldfranken bei der Gebührenerhebung im Auslandspaket- und Telegrammverkehr ist mit Wirkung vom 1. September an auf 250 Mark herabgesetzt worden. Dieses Umrechnungsverhältnis ist auch für die Wertausgabe auf Paketen und Briefen sowie auf Kästen mit Wertangabe nach dem Ausland maßgebend. Für Ferngespräche nach dem Ausland werden entsprechend ermäßigte Gebühren erhoben.

Ueberfall auf einen Deutschamerikaner. In der Siegesallee überfallen und beraubt wurde gestern abend der Schriftsteller Roger H. Burr. Unbekannt entkommene Räuber stürzten sich dort auf ihn und raubten ihm die Brieftasche mit 10 000 Mark, eine goldene Armbrustwaffe Marke „Egen“, Reisepaß und andere Wertpapiere. Der Gesamtverlust des Ueberfallenen beläuft sich auf 65 000 Mark.

Unter dem Verdacht des Raubüberfalles wurden zwei Arbeiter Rein und Schmöder festgenommen. Am 2. d. M. wurde der Handelsmann Nathan Schwarz in der Kurfürstentrasse zu Reinidendorf-Posental mit einer schweren Kopfverletzung bestimmungslos anrufenden. Er gab an, daß er überfallen und beraubt worden sei. Nathan, der in der Straßstraße wohnt und mit Stoffen im Umherziehen handelt, fragte abends spät in Reinidendorf wegen eines Nachquartiers an. Da aber nichts frei war, erboten sich Rein und Schmöder, ihm Unterkunft auf ihrem Heuboden zu gewähren. Untenwas haben diese dann den Mann niederknallt und ihm 10 Ballen Stoffe à 3 Meter weggenommen.

Als „Wildschene“ entkommen war ein langjähriger Ausbinder Karl Matthes. Von der Arbeitsstelle lief er in seinen Anhaßkleidern davon. Auf einem Felde hatte er ein Landwirt eine sogenannte „Wildschene“ aufgestellt und sie mit einem noch verhältnismäßig guten Rod und Gose besetzt. Diese Sachen tauchte Matthes gegen seine Anhaßkleidung um, so daß die Kleidung der Wildschene an und dieser seine Anhaßkleidung. In diesem Aufzuge gelang es ihm auch, sich nach Berlin durchzuschlagen. Er fandte ein Zimmer der Wohnnastar auf und fand zunächst einen Ueberzieher, der 150 Dollar enthielt. Während er weiter suchte wurde wiederum an der Tür geklopft. Es waren, wie sich später herausstellte, zwei andere Eindrehet. Sie benahmen sich aber unerschrocken und eine Nachbarin wurde auf sie aufmerksam. Diese alarmierte die Polizei, doch waren die beiden letzten Eindrehet verschwunden. Matthes aber lag in der Halle und wurde festgenommen.

Billig und doch Qualitäten! Schlüpfen, Paletots, Anzüge, Cutaways
 im Leinhaus Brunnenstr. 5 am Rosen-
 thaler Tor Pelzwaren: Kreuzfische, Zobel-, Silberfische, Wölfe, Sport- und
 Gelpzische konkurrenzlos billig! Keine Lombardware

Frauen-Welt

Beilage der Unabhängigen Sozialdemokratischen Presse

Allweiberkammer

Alte Weiberkammer singt durchs Land,
Septemberviertel haters an,
Schnell legt der Herbst am Halbdornd
Die letzten bunten Farben an.

Die alten Weiberlein klüchert daher,
Die Jahre ihm vertragen laß,
Die Augen Mangel müß und schwer,
Dief bragt den Rücken hohe Laß.

Der Herbstwind setzt am Mannen Rad
und lerngt um sie im tollen Ritz;
Die weisse Hand führt auf den Stad
Sich anknüpft zitternd Schritt für Schritt.

Und Schritt vor Schritt die Alte klüchert,
vom letzten Feuchten Herkommen,
Nur über Feld die Dämmerung weilt:
Der Tag erlischt am Horizont. . .

Dann heißt's und rühlet's eins im Lied
und höhnt, als blüht ein langer Traum
Sich um die weisse Welt gewandt. . .
Weiß hatert Blatt am Blatt vor: Baum.

Verfa.

Die Frau in der kommunalen Verwaltung

Bei einer Zeit wurde vom Reichsstaatsanwaltschaft an die weiblichen Stadtverordneten eine Umfrage gerichtet nach der Art und dem Umfang ihrer Tätigkeit auf kommunalem Gebiet. Wenn auch von den weiblichen Stadtverordneten der einzelnen preussischen Städte nur ein Teil diese Umfrage erwidert beantwortet hat, ergibt die nach dem Fragebogen zusammengestellte Statistik doch ein interessantes Bild und läßt versuchsweise Aussagen darüber zufließen, wie und nach welchen Richtungen die Tätigkeit der Frauen in den kommunalen Verwaltungen wirkungsvoller und ausgedehnter arbeitet werden kann.

Von den befragten weiblichen Stadtverordneten waren fünf Lehrerinnen, eine Metzgerin, fünf fanden ihren vor der Revolution in politischer Arbeit und nur eine hatte vor der Wahl zur Stadtverordneten lediglich als Hausfrau gewirkt. Die weiblichen Stadtverordneten der einzelnen Städte betätigten sich vornehmlich in folgenden Tätigkeiten: Aufsicht über die Schulung, Kinder-, Frauen-, Kranken-, Tuberkulose- und Altersheimverwaltungen, sowie in Kommissionen für Gesundheits- und Krankenpflege. Aber ebenfalls sehr viel weibliche Stadtverordnete in allen Ausschüssen für Erziehungs- und Unterrichtswesen vertreten, in den Volkshilfskommissionen, den Ausschüssen für das höhere Schulwesen, den Hoch- und Berufsbildungsausschüssen. Besonders auf dem Gebiet der Mädchenheimverwaltung und zur Überwachung von Frauen, die die Verhütung der Verbreiten betreffen, sowie dem weiblichen Einfluß in Anstalten, in denen weibliche Stadtverordnete in erheblichem Maße herangezogen werden. Häufig sind Frauen auch in Schulungs- und Bildungsausschüssen, in Ausschüssen für Arbeitsbeschaffung, sowie in Gärten- und Friedhofsausschüssen vertreten. Teilweise haben weibliche Stadtverordnete von der Mitarbeit in den verschiedenen Kulturkommissionen, in Theater- und Musikvereinen und in Bibliotheks-

vereinen ganz ausgeschlossen sind, ist eine Zurückhaltung, die nicht vorhanden werden kann. Niemand wird doch im Ernst behaupten, daß Frauen auf diesen Gebieten ebenso gut wie Männer und Tat zur Hand geben können, wie die Männer. Umgekehrt muß auch dagegen betont werden und eine Anerkennung verlangt werden, daß mit ganz wenigen Ausnahmen Frauen in der Deputation, im Finanzamt und bei den Eisenbahnen nicht vertreten sind. Wenn man aber geltend machen möchte, Frauen könnten nicht an dieser Beschäftigung, weil ihnen die nötige Vorbildung fehle, so ist das ein durchaus trügerischer Einwand. Die Hausfrau ist doch letzten Endes auch hier ein hervorragendes und wertvolles Mitglied. Was aber im besonderen die Mitarbeiterschaft in Finanz- und Eisenbahnen betrifft, so muß darauf hingewiesen werden, daß in der heutigen leeren und unerschöpflichen Zeit gerade die Frauen in ihrem Haushalt das meiste Besondere leisten können. Hierher haben von 20 Städten nur 2 von der Aufnahme weiblicher Bürgerdeputierten Gebrauch gemacht und ihnen lediglich eine Mitarbeit in historischen Museen und Museumsvereinen gestattet. Diese Ausschüsse sind im übrigen zu beachten, als daß man einer Bürgerdeputierten die beste Vorbereitung für eine leitende Stadtverordnetenstellung abspricht.

Besonders ist noch darauf hinzuweisen, daß nach der oben erwähnten Statistik die erfolgreichste Arbeit der weiblichen Stadtverordneten auf dem Gebiet der Schwangeren-, Wöchnerinnen- und Säuglingsfürsorge lag. Dies leisteten die Frauen für Errichtung von Heimen und Veranlagungen, für den Ausbau der Kindertage und die Kleinkinderfürsorge durch Einrichtung von Kinderheimen, Kinderkrippen, Säuglingsheimen, Spielplätzen, Turnplätzen, Kinderkassen, Unterbringung von Kindern auf dem Lande, die Einrichtung von Schwestern- und Schwesternheimen (in Couvents) und andere sozial wichtige Dinge mehr. In der allgemeinen Wohlfahrtsfürsorge haben die weiblichen Stadtverordneten für den Ausbau von Tuberkuloseheimen gesorgt, Einrichtung von Mädchenheimen als probatorische Erwerbsheimen, sowie für die Aufnahme weiblicher Lehrlinge in den Stadtgewerbevereine, sowie für eine angemessene Beschäftigung gefährdeter Frauen und Mädchen.

In einigen Städten haben Frauen auch in den Gemeindeverwaltungen als Stadträtinnen, und gerade in diesen Gemeinden schiedlich sich die Einzel- und Gemeindeglieder der weiblichen Stadtverordneten besonders hervorgetan. Leider hat man aber überall die Beobachtung machen müssen, daß in den einzelnen Städten die Zusammenarbeit der weiblichen Stadtverordneten unter sich, daß ein offenes interkommunales Zusammenarbeiten fehlte. In einem gemeinsamen Betragen der Frauen über Vorleser in einer Stadtverwaltung kam es nur im Rahmen der Kleinkinderfürsorge, der Wohlfahrtsarbeit, des Gesundheits- und der weiblichen Bildung der Mädchen, wobei die Gründe für diesen bedauerlichen Mangel lagen nicht die Statistik überhaupt aus. Sie liegen aber klar auf der Hand und sind letztlich zu finden in dem Geist und dem Bewußtsein der bürgerlichen Frauen, die mit den proletarischen Frauen nicht zusammenarbeiten wollen.

Eine große Mäße — darauf ist zum Schluß noch hinzuweisen — fällt heute immer noch in der kommunalen Verwaltung. Es sind viel zu wenige Arbeiterinnen in den einzelnen Städten als Stadtverordnete vorhanden. Die allein, die aus der Partei kommen, die aus eigener Erfahrung wissen, wie einem armen Vater zumute ist, können in der Bildung sozialer Bedürfnisse wirkungsvoller und überzeugender wirken.

Wollt Ihr lieben oder hassen?

„Nicht mitzujagen, mitzulachen,
sonst ich in die Welt.“
Euphrosine: „Antigone“.

Es ist schon viel über das Problem „Vajtilismus und Sozialismus“ geschrieben worden. Schon oft wurde von sozialistischer Seite darauf hingewiesen, daß der Vajtilismus für uns nur ein Teilproblem des Sozialismus bedeutet, daß heißt, daß wahrer Sozialismus ohne Vajtilismus, etwa in einer kapitalistischen Welt, für uns unbedeutend, weil unmöglich ist. Mit Recht können wir daher die bürgerliche, rein-vajtilistische Bewegung, die einen dauernden Gegensatz zwischen kapitalistischen Staaten erbringt, als Niederlage abtun.

Anderswärts sollte für uns Sozialismus ohne Vajtilismus ebenso unbedeutend sein, das heißt, in dem Ideal des Sozialismus muß das des Bruders, der Menschlichkeit, der Liebe, mit einbezogen sein. Noch mehr. Wir sollten christliche sozialistische Bestrebungen auch im heutigen Klassenkampf begreifen und unterstützen. Kein einziger Arbeiter ohne Sozialismus genügt. Aber warum eine kleine Bewegung ablehnen, weil sie nicht die Lösung des Weltproblems bedeutet? Wenn ein Arbeiter infolge schlechten Winters Hunger ausbleibt, wird man die Faust heftig mit Salbe behandeln, obwohl man weiß, daß davon das Blut nicht geklärt wird, und daß außerdem unbedingt eine Blutreinigung erfolgen muß. Wir fordern höhere Ethik für die Arbeiterklasse, um ihre ungebildete Lage etwas zu verbessern, obwohl wir wissen, daß damit der Weltentwurf nicht abgeholfen wird und daß diese das Grundübel ist, das beseitigt werden muß. Wir können nicht verschlingen, den Frieden zwischen den heutigen Staaten zu erhalten, abzuheben, weil viele Vorkämpfer und nicht die Lösung des Weltproblems rindgegriffen.

Aber das Problem des Vajtilismus ist für uns von noch viel größerer Bedeutung. Es ist für Eltern und Erzieher ein wichtiges Problem, an dem sie nicht vorbeigehen dürfen. Und darum möchte ich mich mit diesen Gedanken vor allem an die Frauen. Es ist kein Zufall, daß es auch im bürgerlichen Lager Frauen waren, die zuerst und am lautesten ihre Stimme gegen das Vajtilismus erhoben. Die Frau, die Mutter, berufen, Leben zu geben, zu überleben und zu erhalten, muß ihrer Natur gemäß Feindschaft oder Lebenswiderstand zeigen kann, alle anderen Empfehlungen, Freude am Krieg, Stolz auf den Tod des eigenen Sohnes und Ähnliches, das unbedingt künstlich anzuheben, Produkte eines von Natur aus unermüdet eingetragenen, falschen Militarismus, und viele, viele haben während des Krieges mit diesem falschen Militarismus immer stärker und unkontrolliert darunter gelitten.

Der Frau vornehmlich zuzuhören, eben das, was wir als charakteristisch weiblich empfinden, gebietet ihr, Wunden zu lecken, nicht zu wunden zu schlagen, zu pflegen, nicht zu zerstören, zu töten, nicht anzugreifen. Darum würde ich an euch Frauen die Frage: Wollt ihr lieben oder hassen? Wo haben ein Recht, unsere Stimmen wieder und wieder zu erheben zur Liebe oder zum Haß?

Es ist nicht überflüssig, diese Frage zu stellen. Es ist nicht überflüssig, Antwort zu verlangen von jeder einzelnen. Hört alle zur Liebe bei noch ein weites Verhängnis in den Reihen unserer eigenen Partei. Nicht alle unsere Genossen, lange nicht alle, hassen die Gewalt. Wir Frauen aber wollen die Gewalt hassen. Die Frage ist hier nicht, ob man gelegentlich in Notwehr Gewalt anwenden muß. Die Frage ist hier die, ob man bei dieser Veranlassung Freude empfindet, ob man sie zu etwas Bestimmtem ansetzt, weil sie notwendig ist, wie das Welt beim Strafen, gegen jeden Menschen kann, oder ob man sie auch dann noch begehrt als ein Mittel, dessen man sich nur widerwillig und so wenig wie möglich bedient. Wir wollen ganz ehrlich sein. Manche Genossen kann man vom Krieg sowohl wie vom Klassenkampf sprechen hören mit einer unverkennbaren Freude am Gedank der Waffen, am Gewaltwenden, am Draufgehen, am Beweisen brutaler Kraft. Mancher würde haß die Gewalt nur so lange, als sie gegen ihn, aber nicht von ihm angewandt wird. Soll hier eine Veränderung kommen, so kann sie nur von den Frauen, von den Genossinnen ausgehen. Wir wollen nicht nur ein vages

Ziel, wir wollen auch neue Wege. Wir glauben nicht mehr an den Frieden, an dem man wagt durch ein Meer von Blut. Wir wollen neuen Menschen wieder zum Leben und zum Werden das Leben geben.

Wir sind die Träger der neuen Generation, in uns ruht die Zukunft des Proletariats, die Zukunft der Völker. Wir haben ein Recht, unsere Stimmen wieder und wieder zu erheben zu einem einzigen Ziel:

Wir wollen nicht hassen, sondern lieben.

Ella Bratt.

Unsere Frauenabende

Immer noch wird von Genossinnen und Genossen nach Sinn und Zweck unserer Frauenabende gefragt. Nicht selten hören wir die gleiche Frage, noch andere abweichend gegenüber. Letztere machen meistens geltend, daß es ganz unproletarisch wäre, die Frauen getrennt zusammenzulassen, die Frauen müßten sich an dem allgemeinen Zusammenhalten der Partei und nicht an besonderen Frauenveranstaltungen beteiligen.

Das ist gewiß richtig. Wir sind auch weit davon entfernt, innerhalb unserer sozialistischen Partei eine Frauenbewegung ähnlich der bürgerlichen auszulassen. Wir wissen sehr wohl, daß das gemeinsame Vorgehen von Männern und Frauen für ihre Klasseninteressen zum Nutzen der Arbeiterbewegung gehört. Aber wir dürfen nicht vergessen, daß die Frauen zu vollwertiger Tätigkeit erst werden, in dem großen Teil erst für sie interessiert werden sollen. Ist von männlichen Proletariats Mann nur ein geringer Prozentsatz sozialistisch organisiert, so ein noch viel geringerer von weiblichen Proletariats. Die Frauen, die in unsern Kreisläufen gewöhnlich über den Männern in der Mehrzahl sind, sind in der Partei nicht annähernd entsprechend ihrer Zahl vertreten. Das ist gewiß kein Wunder, wenn wir ihre Erziehung und ihre Tätigkeit als Hausfrau und Mutter betrachten. Das geht uns aber, daß es nötig ist, zur Gewinnung der Frauen besondere Wege einzuschlagen. Eine politische und unangeführte Organisation zum Beispiel wird leichter in einem Frauenabend als in einer öffentlichen Versammlung für unsere Bestrebungen zu gewinnen sein. Wie viele unserer älteren Genossinnen verheiratet immer wieder, daß sie die wertvollsten Anregungen zur Mitarbeit nicht in großen Versammlungen, sondern im kleinen Kreise der Genossinnen erhalten haben. Auch die Schulung unserer Genossinnen in politischen und wirtschaftlichen Fragen wird auf diese Weise sehr erleichtert. Die jeweilige Methode kann sich viel besser auf die besondere Verfassung der Frauen und auf die Verhältnisse der einzelnen einstellen. Vor allem aber sollen die Frauenabende unseren Genossinnen ein Feld zur Selbstbetätigung bieten. Sie sollen dort lernen, ihre Gedanken in Worte zu fassen, eine Versammlung zu leiten, ein Protokoll zu führen usw. Es ist klar, daß hier unter den Genossinnen die anfängliche Arbeit vor dem Sprechen zum Beispiel viel leichter überwinden wird als in einer allgemeinen Parteiversammlung. Manche von unseren Frauen, die nie in größerem Rahmen sich geäußert hätten, wagt es zum erstenmal im Frauenabend, und nachdem es ihr dort einige Male gelungen ist, ihren Gedanken Ausdruck zu verleihen, wird sie, auch wenn die Genossen dabei sind, nicht mehr so leicht davon zurücktreten.

So kann in den Frauenabenden wertvolle Aufklärung und Erziehungsbildung geleistet werden. Wenn einmal die Frauen entsprechend ihrer Zahl, daß heißt in größerer Anzahl als die Männer, in unserer Partei vertreten sein werden, wollen wir, wenn auf bestimmte Sonderveranstaltungen verzichtet, das heißt aber nicht alle Genossen und Genossinnen aus, unsere Arbeit in den Frauenabenden nicht an anderen, sondern sie nach besten Kräften zu unterstützen und zu fördern.

Eine Welt-Geschichtskonferenz. Die Nationale Vergleichungs-Geschichtskonferenz der Vereinigten Staaten hat an 40 Länder Einladungen versandt, in denen sie zur Beibehaltung einer Weltkonferenz über Geschichte auffordert. Sie im Jahre 1922 abgehalten werden soll. Die Verhandlungen der Konferenz sollen, daß es auf dieser Versammlung möglich sein wird, eine dauernde internationale Verbindung aller Geschichtswissenschaftler zu erhalten, die sich mit Fragen der Geschichte beschäftigen.